

179/85.592 M Sozialdemokratische Fraktion – Eisenbahn-Transitverkehr (2. Oktober 1985)

Das europäische Schienennetz für Hochgeschwindigkeitszüge erweitert sich in letzter Zeit zusehends. In den Nachbarländern ist man daran, verschiedene wichtige Linien für solche Züge einzurichten. Es besteht die grosse Gefahr, dass das schweizerische Eisenbahnnetz seine Stellung als Transitverkehrsnetz verliert, besonders was den Verkehr zwischen Nord- und Südeuropa betrifft.

Der Bundesrat wird gebeten, so rasch als möglich einen Bericht vorzulegen, der die Lage des europäischen Verkehrs zu Lande umfassend beschreibt sowie konkrete Vorschläge enthält, wie unser Eisenbahnnetz die Stellung als Transitverkehrsnetz behalten kann. Diese Vorschläge sollen vor allem auf folgende Ziele gerichtet sein:

1. den möglichst raschen Bau einer neuen Alpentransversale, damit die Transportzeiten erheblich verkürzt und die Transportkapazität im Personen- und Güterverkehr erhöht werden kann;
2. die Verbesserung der Attraktivität der Simplonlinie, damit diese der Konkurrenz durch die Mont-Cenis-Linie – vor allem was den Verkehr zwischen Mailand und Paris betrifft – standhalten kann.

Sprecher: Clivaz

× 180/85.597 M Sozialdemokratische Fraktion – Elektrizitätswirtschaftsgesetz (3. Oktober 1985)

Der Bundesrat wird eingeladen, ein Gesetz zur wirtschaftlichen und sparsamen Elektrizitätsverwendung vorzulegen. Das Gesetz soll insbesondere auch Massnahmen zur sparfördernden Ausgestaltung der Strompreise, zur Förderung der Wärme-Kraft-Koppelung sowie die Deklarationspflicht für elektrische Geräte enthalten.

Sprecher: Euler

1985 20. Dezember. Beschluss des Nationalrates: Die Motion wird in nachstehender Form eines Postulates angenommen:

Der Bundesrat wird eingeladen zu prüfen, ob es nicht angezeigt wäre, ein Gesetz zur ...

× 181/Zu85.052 P Finanzkommission – Eidgenössische Technische Hochschulen (26. November 1985) (siehe Geschäft Nr. 77/85.052)

182/Zu85.265 M Petitions- und Gewährleistungskommission – Ederswiler und Vellerat. Kantonszugehörigkeit (22. November 1985) (siehe Geschäft Nr. 544/85.265)

183/85.940 P Kommission für Wissenschaft und Forschung – Eidgenössische Technische Hochschulen. Reformen (4. Dezember 1985)

Die Kommission für Wissenschaft und Forschung befürwortet – nach Kenntnisnahme der Globalanalyse Hayek – grundsätzlich die Stellenbegehren des Bundesrates, verlangt jedoch mit Nachdruck, dass parallel dazu die folgenden Massnahmen in die Wege geleitet werden:

- Im Schulratsbereich, an den Hochschulen und auf Instituts-ebene sind die Führungsabläufe und die Organisationsstrukturen effizienter zu gestalten.
- Im besonderen sind im Bereich der Annexanstalten deren Funktionen neu zu definieren und die Strukturen zu verbessern.
- Das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft muss in die Lage versetzt werden, Koordinationsaufgaben wirksamer wahrzunehmen.
- Wichtige Projektleitungen und die Koordination zwischen den Projektgruppen sind nicht nur departementsinternen, sondern auch ETH- und verwaltungsexternen Persönlichkeiten zu übertragen.
- In der Projektbearbeitung ist ein Prioritätenplan zu erstellen und schrittweise zu verwirklichen.

Die Kommission für Wissenschaft und Forschung ist halbjährlich über den Stand der Arbeiten zu informieren.

184/Zu81.226 M Verkehrskommission. Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Gemeinde- und Quartierstrassen (17. Mai 1984) (siehe Geschäft Nr. 38/81.226)

185/Zu77.231 I M Kommission des Nationalrates – Familienzulagengesetz in der Landwirtschaft (25. April 1985) (siehe Geschäft Nr. 33/77.231)

186/Zu77.231 II P Kommission des Nationalrates – Kinderzulagen für Arbeitnehmer (25. April 1985) (siehe Geschäft Nr. 33/77.231)

187/Zu83.227 M Kommission des Nationalrates – Berufsunfälle. Haftung des Arbeitgebers (22. Oktober 1985) (siehe Geschäft Nr. 45/83.227)

188/85.533 I Allenspach – SBB. Altersgrenze bei Neueinstellungen (16. September 1985)

Gemäss Presseberichten besteht seit einigen Jahren eine interne Weisung der SBB, wenn immer möglich keine Mitarbeiter, die das dreissigste Altersjahr überschritten haben, neu einzustellen. Bei gleicher Qualifikation soll der jüngere Bewerber vorgezogen werden. Begründet wird diese unsoziale und gesellschaftspolitisch nicht zu verantwortende Anstellungspolitik mit den hohen Pensionskassenaufwendungen der SBB für ältere Arbeitnehmer. Ich ersuche den Bundesrat um die Beantwortung nachstehender Fragen:

1. Trifft es zu, dass eine solche oder ähnliche Weisung bzw. Empfehlung der SBB besteht?
2. Ist nach Auffassung des Bundesrates eine solche Anstellungspolitik zu verantworten?
3. Ist der Bundesrat bereit, dafür zu sorgen, dass inskünftig derartige Weisungen in der Bundesverwaltung und in den Bundesbetrieben weder erlassen noch befolgt werden?

189/84.592 I Aregger – PTT. Betriebsprognosen (10. Dezember 1984)

Dem Vernehmen nach liessen die PTT-Betriebe Zukunftsprognosen ausarbeiten, die als Grundlage für wichtige Entscheide, wie z.B. Ausbauprojekte oder Schliessung von Poststellen dienen. Das Institut für Prognosewerte des St. Galler Zentrums für Zukunftsforschung und das Bundesamt für Statistik sollen dabei mitgewirkt haben.

Die Ergebnisse des Gutachtens scheinen für einzelne Regionen brisante Zahlen über Bevölkerungsrückgang und Arbeitsplatzentwicklung zu enthalten, die für alle Betroffenen von grossem Interesse sein müssen. Dies gilt besonders für Regionen, denen ein massiver Rückgang vorausgesagt wird.

Der Bundesrat wird deshalb angefragt:

1. Welche Grundlagen und welche Methoden wurden für die Prognose verwendet?
2. Gibt es Gründe, das Gutachten nicht zu veröffentlichen?
3. Wann wird das Gutachten veröffentlicht?

Mitunterzeichner: Schnider-Luzern

(1)

190/84.345 I Aubry – Anschläge gegen Kernenergieproduzenten (8. März 1984)

Von 1977 bis 1983 gab es in der Schweiz 27 Sprengstoff- und Brandanschläge auf das Eigentum von Personen und Gesellschaften, die mit der Strom- und Atomenergieproduktion verbunden sind.

Die Aufklärung dieser Anschläge ist Sache der Bundesanwaltschaft. Es ist zumindest erstaunlich – und beunruhigt die Öffentlichkeit –, dass bisher noch kein Täter ermittelt worden ist. In vielen Fällen wurden diese Anschläge von Leuten verübt, die sich mit Hochspannungsleitungen genau auskannten oder die über laufende Arbeiten oder über das Kommen und Gehen der Betroffenen bestens Bescheid wussten. Das Leben zahlreicher Menschen war in Gefahr.

Im Vorfeld der Abstimmung über die beiden Antiatom-Initiativen wird es erneut Grund zur Beunruhigung geben; einmal mehr werden Menschenleben, elektrische Einrichtungen und